

Frankreich: Liberte — Egalite — Austerite?

Zwei Jahre Linksregierung — Versuch einer Bewertung

Peter Seideneck, geb. 1941, lebt in Frankreich, war Leiter des Abgeordnetenbüros Heinz O. Vetter beim Europa-Parlament und davor Referent für westeuropäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Zu Recht hat die französische Linke den Sieg Mitterrands vom 10. Mai 1981 als historischen Erfolg gefeiert. Mit diesem Durchbruch verbanden sich viele Hoffnungen. Hoffnungen auf ein besseres Leben, auf mehr soziale Gerechtigkeit, auf die Durchführung längst überfälliger Reformen - Hoffnungen auf einen Abschied von einer Gesellschaft, die vom konservativ-gaullistischen Bürgertum geprägt war.

Heute, gut zwei Jahre später, ist die Euphorie verfliegen. Der sozialdemokratische Alltag hat die regierenden Sozialisten eingeholt. Der Weg der gesellschaftlichen Reformen wird von Tag zu Tag steiniger, das linke Bündnis bricht an allen Ecken und Enden auf, die Rechten mobilisiert, wo sie nur kann - sie will ihre Niederlage vom Mai 1981 noch vor den Wahlen zur nächsten Nationalversammlung im Jahre 1985 in einen nachträglichen Sieg verwandeln. Die westeuropäischen Nachbarländer und die Vereinigten Staaten zeigen darüber hinaus kein sonderlich entwickeltes Interesse an der Unterstützung der französischen Politik. In der Europäischen Gemeinschaft steht das Frankreich Mitterrands in zahlreichen Fragen alleine da.

Wie sind die Chancen der französischen Linksregierung, die offensichtlich gewordene politische Krise zu überwinden? Welchen Weg gehen die Gewerkschaften?

Reformen der ersten Stunde - schon vergessen?

90 der 110 Wahlversprechen, so kann die Linksregierung bilanzieren, sind bereits durchgeführt worden. Zwar merkt man vielen Reformen die Ungeduld an, mit der sie vorbereitet wurden. Dennoch aber ist nicht zu übersehen, daß

an einigen wichtigen Stellen mit konservativen Traditionen gebrochen wurde, von denen sich teilweise allerdings herausstellt, daß sie auch von den Wählern der Linken mehr geliebt wurden als im Mai 1981 absehbar war.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Abschaffung der Todesstrafe. Sei es, daß viele Franzosen die Einführung der Guillotine für eine unverzichtbare Errungenschaft der Revolution von 1789 halten, sei es, daß auch in Frankreich ein starker Geist des „gesunden Volksempfindens“ vorherrscht - die Verbannung der Guillotine erweist sich als außerordentlich unpopulär. Die Rechte hat diese Stimmung zum Anlaß genommen, um eine breite Kampagne einzuleiten, in der behauptet wird, die Linksregierung sei Garant für „Unrecht und Unordnung“. Dieser Vorwurf, der sich vor allem gegen den von der Rechten höchst ungeliebten Justizminister Robert Badinter richtet, wird massiv untermauert - nicht mit Tatsachen, sondern mit der Mobilisierung des bereits genannten „gesunden Volksempfindens“. Einen Höhepunkt erreichte diese Kampagne im Mai, als in Paris zwei Polizisten ermordet wurden. Daraufhin riefen zwei Polizeigewerkschaften, von denen die größere den Gaullisten nahesteht und die kleinere Verbindungen zur neo-faschistischen PFN (Partei der Nationalen Front) des einschlägig bekannten Jean-Marie Le Pen unterhält, die Polizei zu Demonstrationen auf. Beide Gewerkschaften repräsentieren zusammen bestenfalls ein Viertel der gewerkschaftlich organisierten Polizei Frankreichs. Die Demonstrationen fanden vor dem Justiz- und dem Innenministerium statt. Die Demonstranten, von denen viele in Uniform antraten und manche auch die Dienstwaffe nicht abgelegt hatten, verlangten den Rücktritt des Innenministers Gaston Defferre und forderten für Robert Badinter schlicht „Gefängnis“. Der PFN-„Führer“ Le Pen war in vorderster Front dabei, wie auch ein enger Mitarbeiter des Gaullisten-Chefs und Pariser Bürgermeisters Jacques Chirac. Dieser Vorgang ist insofern von Belang, als er ein deutliches Bild von den in fast einem Vierteljahrhundert gewachsenen gesellschaftlichen Machtstrukturen Frankreichs zeichnet:

- Die Polizeihierarchie, aber auch viele der mittleren Chargen standen über 20 Jahre lang unter der Kontrolle vor allem der gaullistischen Partei. Derartig festgewachsene Machtverhältnisse können nicht in zwei Jahren aufgebrochen werden.
- Teile der französischen Polizei haben einen Militarisierungsgrad erreicht, der in Verbindung mit den politischen Machtverhältnissen in der Polizeihierarchie die Gefahr nahelegt, daß sich hier ein „Staat im Staate“ herausbildet.
- Die französische Regierung hat zwar eine Reihe disziplinarischer Maßnahmen infolge der Mai-Ereignisse ergriffen, aber sie scheut nach wie vor davor

zurück, weitreichende Reformen zur Demokratisierung der Polizei und zur Entflechtung des Machtgefüges innerhalb der Hierarchie einzuleiten. Ein Bericht der Nationalversammlung, der im Prinzip auch auf die Zustimmung der gemäßigten Mehrheitsgewerkschaften rechnen kann, liegt in den Schubladen. Wie groß die Sorge der Regierung vor einem „Aufstand“ der Polizei ist, zeigt die Tatsache, daß an die Stelle der beiden abgelösten Polizeiführer nun Beamte getreten sind, die politisch ebenfalls der Rechten nahestehen.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie sehr die Regierung eine wirkliche Kraftprobe mit den Kräften fürchtet, die nach wie vor an wichtigen Schaltzentralen des Staates sitzen. Die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Druck, unter dem die Regierung steht, tut ein übriges: er erhöht nicht die Loyalität vieler Beamter. Wie ungerechtfertigt im übrigen die Behauptungen sind, unter der Linksregierung sei es zu einer Welle von Polizistenmorden und zu wachsender Unsicherheit gekommen, zeigen die Zahlen: in den letzten beiden Jahren unter der Präsidentschaft Giscard wurden 30 Polizisten ermordet - in den ersten beiden Jahren der Linksregierung waren es „nur“ 24.

Eine andere Reform ist viel bedeutungsvoller als die längst überfällige Abschaffung der Todesstrafe: die Dezentralisierung. Frankreich verfügt nun über Regionalparlamente, deren Befugnisse zu mehr Unabhängigkeit gegenüber der Pariser Zentrale führen und die im nächsten Jahr zum erstenmal direkt gewählt werden sollen. Am weitesten geht derzeit das Statut für die Insel Korsika. Dort fanden im vergangenen Jahr bereits Wahlen statt, die einen knappen Sieg für eine Koalition der Linken mit den gemäßigten Autonomisten erbrachten. Allerdings führte diese Politik auf Korsika keineswegs zu einer Pazifizierung - in den letzten Monaten nahm die Zahl der Attentate zu. Allerdings bestehen gute Chancen, daß den Separatisten durch die Einräumung einer gewissen Selbstverwaltung über das nun geschaffene korsische Regionalparlament der Boden in der Bevölkerung weitgehend entzogen werden kann. Die Dezentralisierung ist eine Jahrhundertreform. Sie ist juristisch vorbereitet. Sie muß allerdings politisch noch durchgesetzt werden. Zu fürchten ist jedenfalls, daß bei den Regionalwahlen im nächsten Jahr die Linksregierung zunächst einmal politisch nicht für diese bedeutungsvolle Reform honoriert wird.

Für die Arbeitnehmer schließlich wurden die Rechte in den Betrieben erheblich ausgeweitet. Das nach dem ehemaligen Arbeitsminister Auroux benannte Gesetz ähnelt stark dem deutschen Betriebsverfassungsgesetz. Die beiden größten französischen Gewerkschaftsbünde CGT und CFDT halten dieses Gesetz für eine erhebliche Verbesserung der Rechtsstellung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften im Betrieb, während die dritte Arbeitnehmerorganisation FO fürchtet, dieses Gesetz könne zu einer Politisierung des Klimas im

Betrieb führen und begünstige die CGT. Derzeit ist es allerdings noch zu früh, die praktischen Auswirkungen dieses Gesetzes auf die betriebliche Wirklichkeit zu beurteilen. Immerhin müssen auch die Gewerkschaften in Frankreich den Umgang mit diesen Rechten noch lernen. Das setzt nicht zuletzt auch neue Anstrengungen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit voraus. Darüber hinaus ist es entscheidend, ob sich die Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Betrieben, in denen der gewerkschaftliche Einfluß besonders schwach ist, gegen den Widerstand der Unternehmer durchsetzen können und auf eine Anwendung der Gesetze drängen.

Fragen der Einkommenssicherung und der Vollbeschäftigung stehen nach wie vor ganz oben auf der Skala gewerkschaftlicher Forderungen. Der Einstieg in die 39-Stunden-Woche, der von Anfang an von der CFDT als zu halbherzig kritisiert wurde, hat in der Tat kaum meßbare Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt gebracht. Gerade die CFDT ist es, die am stärksten auf eine drastische Arbeitszeitverkürzung drängt und dabei auch über die Finanzierung mit sich reden lassen will (die CFDT tritt für eine Anhebung der Mindesteinkommen und eine entsprechende Begrenzung der Einkommen der Besserverdienenden ein). Anders zu beurteilen sind allerdings die beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Bereich großer Teile der verstaatlichten, aber auch der privaten Wirtschaft. Im Rahmen sogenannter Solidaritätsverträge konnten zehntausende neuer Arbeitsplätze besetzt werden. Jüngst wurde beim mittlerweile verstaatlichten Flugzeugbauer Dassault (Mirage) ein Tarifvertrag geschlossen, der Arbeitszeitverkürzung, Einkommensbegrenzung (die Dassault-Belegschaft gehört zu den bestbezahlten Facharbeitern Frankreichs) und meßbare Neueinstellungen enthält. Insgesamt jedenfalls ist es der französischen Regierung gelungen - und das als einziger Regierung in Westeuropa - den Anstieg der Arbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum zu stoppen. Dem steht nun - nach Verkündung des Sparplans der Regierung - die Erwartung gegenüber, daß auch in Frankreich die Arbeitslosigkeit wieder steigen wird: Wirtschafts- und Finanzminister Delors rechnet mit etwa 15000 weiteren Arbeitslosen pro Monat, die Gewerkschaften rechnen mit deutlich mehr.

Die Einkommenspolitik der französischen Regierung hat für eine überproportionale Anhebung der Mindesteinkommen gesorgt, so daß sich die Lohnabstände mittlerweile leicht zugunsten der Niedrigeinkommen verbessert haben. Und schließlich ist die Wirtschaftspolitik auch in der Inflationsbekämpfung nicht erfolglos geblieben. Durch eine Politik des Preisstops, aber auch durch die Kaufkraftabschöpfung des Delors-Plans, wurde sie von 14 Prozent auf die 9-Prozent-Marke gedrückt. Ob allerdings das Ziel der französischen Wirtschaftspolitik, in diesem Jahr auf eine Inflationsmarke von 8 Prozent zu kommen, erreicht werden kann - das ist mehr als zweifelhaft.

Während die erste Regierung Mauroy durch die Stimme des Premierministers noch selbstbewußt verkündete, das Schlimmste sei geschafft und Frankreich sei auf dem Wege der Überwindung der Wirtschaftskrise, mehrten sich die kritischen Stimmen, allen voran die der CFDT. Der Generalsekretär der CFDT, durchaus ungewöhnlich für einen Gewerkschaftsvorsitzenden, forderte von der Regierung mehr Ehrlichkeit und stellte fest, daß Frankreich nicht um eine rigide Wirtschafts- und Finanzpolitik herumkommen würde. Worauf es allerdings ankomme, so Edmond Maire, sei, daß eine solche Sparpolitik in ihrer Gestaltung das Prinzip der sozialen Solidarität nicht außer acht lasse und daß diese Politik von gesellschaftlichen Reformen begleitet würde, die den Arbeitnehmern und den Arbeitslosen vor allem neue Hoffnung gäben. Dazu bedürfe es einer Mobilisierung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Die CFDT, so ihr Generalsekretär, begreife sich als ein aktiver Partner in einem Prozeß der gesellschaftlichen Veränderung. Kurz: die CFDT forderte die Regierung auf, die bitteren Pillen der Austerität nicht im Medizinschrank zurückzuhalten und so zu tun, als sei der Patient kerngesund, sondern sie zu verabreichen, gleichzeitig aber mit einer gesellschaftspolitischen Langzeittherapie zu verbinden.

Es kam zu heftigen Kontroversen zwischen der CFDT und der Regierung, zumal der Vorwurf der CFDT, die Regierung regiere an den Gewerkschaften vorbei und führe keinen Dialog, die Sozialisten erheblich verstörte. In der Tat: an Begegnungen zwischen Ministern und Gewerkschaften mangelte es nicht, aber niemand kann behaupten, daß dies ein konstruktiver Dialog gewesen sei. Diese Konsultationen - aufgrund der gewerkschaftlichen Pluralität und der unterschiedlichen Standpunkte der französischen Gewerkschaften zu wichtigen Fragen kein leichtes Unterfangen für eine Regierung - vollzogen sich nach dem üblichen „Sozialpartnernetzwerk“. Was Maire besonders kritisierte, war, daß kurze Zeit nach seinen Warnungen im Februar die erste Welle von staatlicher Sparpolitik - ohne Beratung mit den Gewerkschaften - verkündet und kurz danach vom Plan Delors erheblich erweitert wurde. Das, was die CFDT befürchtete und zum Ärger der Sozialisten laut gesagt hatte, trat ein: die Reformpolitik wurde im Bewußtsein der Öffentlichkeit und vor allem der Linkswähler nur teilweise verstanden und akzeptiert, und schon wurde sie überlagert von einer Sparpolitik der harten Hand. Die Gewerkschaften mußten, das entspricht der Stimmung in der Arbeitnehmerschaft, Front gegen die Pläne der Regierung machen. Ergebnis: die Wirtschaftspolitik der Regierung wird von rechts und von links unter Beschuß genommen.

Innerhalb der Sozialistischen Partei ist es darüber zu heftigen und öffentlichen Kontroversen gekommen. Der Sprecher des linken CERES (der ehemalige Forschungsminister Jean-Pierre Chevenement) forderte in einer Artikelse-

rie in „Le Monde“ einen anderen Weg und setzte diese Kritik verschärft in einer Rede vor dem Nationalausschuß der Sozialistischen Partei fort. Der Vorschlag von CERES lautet: Abkoppeln Frankreichs vom Europäischen Währungssystem, Freigabe des Franc-Kurses und Schutz der französischen Industrie durch protektionistische Maßnahmen. Zwar müsse Frankreich dann, das bestreitet auch Chevenement nicht, die Zähne zusammenbeißen, hart arbeiten (Chevenement spricht sich gegen Arbeitszeitverkürzung aus und hofft, durch staatliche Investitionen einen großen, arbeitsplatzschaffenden Aufschwung erreichen zu können) und bei geschützten Grenzen seinen internationalen Wettbewerbsrückstand wieder aufholen. Diese Auffassung trug den Anhängern der CERES, die vorerst das Bündnis der Mitterrand-Mehrheit innerhalb der Sozialistischen Partei verlassen haben, den Namen „die Albaner“ ein. Diese etwas übertriebene Bezeichnung hat einen wahren Kern: im Standpunkt von CERES zeigt sich eine nach wie vor in der französischen Linken verbreitete kritische Orientierung gegenüber der Europäischen Gemeinschaft. Hier wird Supranationalität zu Lasten der französischen Unabhängigkeit gewittert, und am liebsten würde man wohl zu der Politik des „leeren Stuhls“ de Gaulles zurückkehren.

CERES vertritt eine politische Position, die sehr starke Ähnlichkeit mit dem Linksgaullismus aufweist: Vertrauen in Frankreichs Stärke und Mißtrauen in die westeuropäische Zusammenarbeit. Dieser Standpunkt wird natürlich gestützt durch den Umstand, daß der in fast allen europäischen Ländern grassierende Konservatismus die Politik der französischen Sozialisten deutlich behindert. Und natürlich hat Chevenement noch etwas anderes im Sinn: Er ist sicher, daß die jetzt eingeleitete Wirtschaftspolitik bis zum Herbst dieses Jahres nicht zu günstigen, sondern zu negativen Ergebnissen führen wird. Dies könnte ihm und seiner Fraktion bestimmenden Einfluß auf die dann, so hofft er, neue Politik einräumen.

Diese Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen. Von Mitterrand heißt es, daß er durchaus schwankend sei. Darauf deutet auch sein Zögern hin, Mauroy und damit die von Jacques Delors definierte Wirtschaftspolitik, die sich vor allem auf die Solidarität Westeuropas stützt, zu bestätigen. Der französische Präsident nahm sich immerhin zehn Tage Zeit, bevor er diesen Kurs „genehmigte“.

Die Kommunistische Partei, die bis zur Attacke Chévènements mit zusammengebissenen Zähnen und geballten Fäusten Selbstdisziplin übte, nahm den langen Paß des CERES-Flügels auf. Georges Marchais griff Delors direkt an und machte nach dem Gipfel von Williamsburg auch vor Mitterrand nicht halt: er warf Mitterrand vor, er habe zugelassen, daß die Amerikaner aus dem

Weltwirtschaftsgipfel einen militärpolitischen Gipfel gemacht hätten und daß damit eine Rückkehr Frankreichs zum Atlantismus verbunden sei. Dies, so Marchais, entspreche überhaupt nicht den Vereinbarungen der Koalition aus Sozialisten und Kommunisten. Er forderte eine stärkere Beteiligung Frankreichs an den internationalen Abrüstungsverhandlungen. Die Partei hatte schon vorher mobil gemacht: Sie warb - unter der Federführung des ehemaligen CGT-Generalsekretärs Georges Seguy und einem prominent und keinesfalls nur kommunistisch besetzten „Komitee der Hundert“ - für ein „Fest des Friedens“, das mit beachtlichem Erfolg Mitte Juni in Paris durchgeführt wurde. Mit dieser Initiative verband die KPF zweierlei: sie wollte Distanz zur Außen- und Militärpolitik der Regierung markieren und darüber hinaus ihren Anhängern ein politisches Aktionsfeld öffnen, um den wachsenden Unmut der KP-Stammwählerschaft über die Regierungsbeteiligung der Kommunisten (die kommunistischen Minister haben der Wirtschaftspolitik der Regierung Mauroy zugestimmt) auf einen anderen Sektor umzuleiten.

Die Kommunisten befinden sich in der Zwickmühle: treten sie aus der Regierung aus, dann gestehen sie das Scheitern ihrer Politik ein und müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, eine Rückkehr der Gaullisten zur politischen Macht ermöglicht zu haben. Bleiben sie aber weiter in der „Geiselhaft“ der Linksregierung, dann geraten sie in wachsenden Widerspruch zu ihrer eigenen Basis, die ja über Jahrzehnte lang eingetrichtert bekommen hat, die Sozialisten seien kein anständiger Partner. Bisher haben sich die Kommunisten für den ersten Weg, den der Unterstützung sozialdemokratischen Krisenmanagements, entschieden. Verkehrsminister Charles Fiterman jedenfalls, der populärste und wohl auch konstruktivste kommunistische Minister, stellte nach den harten Worten Marchais fest, an der Loyalität der kommunistischen Minister könne es keinen Zweifel geben. Spiel mit verteilten Rollen oder Divergenzen in der KPF?

Die Hoffnungen, daß die neue Regierung und die Gewerkschaften sich zu einer gemeinsamen, von breiten Schichten der Bevölkerung getragenen gesellschaftlichen Reformaktion zusammenfinden könnten, war von vornherein trügerisch. Der Regierung ist es nicht gelungen, die durch die Gewerkschaften repräsentierten beachtlichen sozialen Kräfte für sich zu gewinnen. Die Gewerkschaften selber haben heute Schwierigkeiten, die Mitgliedschaft davon zu überzeugen, daß es zu einer sozialistisch geführten Regierung keine Alternative gibt. Während die bisherige politische Mehrheit das ganze Arsenal der ihr verbundenen gesellschaftlichen Gruppen mobilisiert hat - die kleinen und mittleren Unternehmer, anfänglich auch die Bauern, die um ihre Privilegien fürchtenden Mediziner und Studenten der Medizin und der Rechtswissenschaften, die freien Berufe, um Ruhe und Ordnung besorgte Bürger - kam es

auf gewerkschaftlicher Seite zu keinen die Regierung verteidigenden Aktionen. Die Kommunalwahlen im März haben gezeigt, daß die linke Wählerschaft weitgehend demobilisiert ist. Die CFDT hat sicher nicht unrecht, wenn sie der Regierung vorhält, sich nach anfänglichem Schwung nun zu sehr mit Krisenmanagement zu befassen und keine überzeugende Perspektive mehr zu bieten, die den französischen Arbeitnehmern einen anderen und besseren Platz in der Gesellschaft einräumt. Sicher darf bei einer Bewertung der französischen Politik unter Mitterrand nicht der Gesichtspunkt vernachlässigt werden, daß die französische Gesellschaft konservative und gewachsene Strukturen hat, die zunächst von einem politischen Richtungswechsel unberührt bleiben. Dies zu verändern erfordert langen Atem und große Geduld. Keine Linksregierung kann es sich leisten, gegen bestehende Machtstrukturen aus dem Stand anzuregieren. Die französische Regierung ist natürlich gezwungen, Rücksicht auf den starken Arbeitgeberverband CNPF zu nehmen, der bisher halbwegs maßvoll - im Unterschied zu den poujadistischen Verbänden der kleinen und mittleren Unternehmer - auf die Regierungspolitik reagiert hat. Aber auch diese Koexistenz neigt sich dem Ende zu: der CNPF hat angekündigt, eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung würde von den Unternehmern mit einem Zahlungsstreik beantwortet.

Die Gewerkschaften reagieren mit unterschiedlichen Strategien auf die Lage:

- Die CGT setzt auf die Erhöhung der Massenkaufkraft und legt in ihrer Tarifpolitik besonderes Gewicht auf die Lohnpolitik. Der Arbeitszeitverkürzung und der davon erhofften Wirkung auf dem Arbeitsmarkt steht sie sehr skeptisch gegenüber. Von einer Umverteilung der Arbeit redet sie nicht. Auch das bereits zitierte Abkommen beim Flugzeugbauer Dassault, das bei Schaffung neuer Arbeitsplätze auf eine Lohneinbuße von 50 Francs bei einem Durchschnittseinkommen der dort Beschäftigten von 11000 Francs im Monat hinausläuft, lehnte sie ab. Sie ist nicht bereit, Einkommensabstriche beim besser verdienenden Teil der Arbeitnehmerschaft hinzunehmen.

- Eine in dieser Frage ähnliche Haltung vertritt die CGT-FO. Darüber hinaus ist ihr Generalsekretär Andre Bergeron um deutlichen Abstand der Regierung gegenüber bemüht und hält demonstrativ die alten Kontakte zu führenden Politikern der alten Mehrheit aufrecht. Bergerons Philosophie: „Eine Gewerkschaft ist eine Gewerkschaft.“ Er hält es nicht für die Aufgabe der Gewerkschaften, über den Rahmen der unmittelbaren Interessenvertretung hinaus einen besonderen gewerkschaftlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Reform zu leisten.

- Die CFDT, die vor den Mai-Wahlen über die Chancen einer Linksregierung sehr skeptisch urteilte, aus deren Reihen aber eine Vielzahl von Beratern in verschiedene Ministerien abwanderte, hat mittlerweile aus der anfänglichen Dauerkontroverse mit der Regierung einen Zustand der kritischen Solidarität werden lassen. Sie fürchtet offensichtlich, daß-gerät die sozialistische Regierung einmal in die Zange zwischen Gewerkschaften einerseits und konservativen Interessengruppen andererseits - der Zug für eine progressive und aus der Erstarrung der ständigen Konfrontation zwischen der „linken und der rechten Hälfte“ der französischen Bevölkerung herausführende neue Entwicklung für den Rest dieses Jahrhunderts abgefahren ist. Die CFDT tritt entschieden für Umverteilung der Arbeit und eine Umverteilung der Einkommen, aber für eine bevorzugte Behandlung der Bezieher von Mindesteinkommen ein. Sie ist reserviert gegenüber einer Politik der technologischen Hochrüstung, so wie sie die Wachstumsapologeten der CERES propagierten. Die CFDT hat einen alten Vorschlag der CGT, der das mittlerweile wohl nicht ganz angenehm ist, in einer neuen Verpackung angeboten: die Einführung von Investitionsfonds unter dezentralisierter Mitbestimmung der Arbeitnehmervertreter, gespeist durch Beiträge aller Beteiligten, also auch der Arbeitnehmer.

Eine bessere Zusammenarbeit der drei großen Gewerkschaftsbünde ist nicht zu erwarten. Die zum erstenmal seit Jahren wieder durchgeführte gemeinsame Aktion von CFDT und CGT, angeregt durch die beiden Pariser Verbände, war kein Erfolg. Die Differenzen zwischen den beiden gewerkschaftlichen Konzeptionen sind nach wie vor so groß, daß eine Aktionseinheit nicht einfach per Beschluß „eingeflogen“ werden kann. Die bestehenden Meinungsunterschiede wurden im Verlaufe der Demonstration sichtbar. Und bei weiten Teilen der CFDT-Basis scheint nur geringe Bereitschaft vorhanden zu sein, auf die Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten unter dem Dach einer künstlich konstruierten Aktionseinheit zu verzichten. In den Betrieben sehen natürlich - das war immer so - die Praxis und die Begegnung zwischen den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften anders aus. Hier kommt es zu gemeinsamen Aktionen, aber immer auf der Grundlage ausdiskutierter und gemeinsam aufgestellter Forderungen.

Die französische Linke steht vor einer harten Bewährungsprobe. Sie kann sie nur bestehen, wenn sie ihre Wähler zurückgewinnt und wenn der Mobilisierung von rechts eine Mobilisierung der Arbeitnehmer entgegengestellt werden kann. Ob das mit einer Politik der Verfügungen, der schnellen Entscheidungen, der kurzatmigen Reformen, der ständigen inneren Auseinandersetzungen erreicht werden kann - das ist so gut wie ausgeschlossen. Für die Gewerkschaften und für die Arbeitnehmer wäre der Übergang von einer „linken“ zu einer „rechten“ Austerität mehr als nur eine Nuance.